

## Fadegrad



von  
Nina Fehr Düsel

## Einschreiten anstatt wegschauen

Vor wenigen Wochen hat man in unzähligen Medien gelesen, wie sich die Vorfälle von Machokultur an Schweizer Schulhäusern häufen. Jugendliche, vorwiegend mit Migrationshintergrund, schikanieren junge Frauen auf dem Pausenplatz und greifen diese sogar an. Berichtet wurde von etlichen Vorfällen, z.B. von rassistischen Äusserungen und tätlichen Übergriffen von Jugendlichen aus dem Balkan gegen Schweizer Meitli in der Klasse. Viele Lehrpersonen haben offenbar gar Angst und schauen weg, anstatt diese Vorfälle zu unterbinden. Wie verschiedene Oberstufenlehrer in der Ostschweiz aussagten, würden diese Balkan-Machos von Schweizer Jungen oft sogar noch imitiert. Diese benutzen dasselbe Vokabular, machen wegen des Gruppendrucks mit oder aus Angst, als schwul verlacht zu werden.

Auch wenn viele es nicht gerne hören oder wegdiskutieren wollen, es handelt sich hier um ein Migrationsproblem. Junge Männer aus bildungsfernen Schichten, vor allem aus Familien vom Balkan, erleben zuhause ein äusserst konservatives Rollenmuster, welches sie in die Schule mitbringen, wie diverse Schulen bestätigten. Es ist somit oft kein Wunder, dass diese Buben entweder Mädchen sexuell verunglimpfen, oder andere, anständige Buben, die ihnen nicht passten, als schwul bezeichneten.

Ein Schulleiter sagt gar aus: Daheim würden Kinder aus gewissen Kulturen lernen, dass die Mutter nichts wert sei; was sich danach in der Schule im Umgang mit den Mädchen niederschlägt.

Mädchen, die in der Schule gedemütigt, bedroht und schikaniert werden, können sich nur selbst wehren; das Gesetz hilft ihnen dabei kaum. Laut Strafrechtler Martin Killias ist eine Anzeige wegen Drohung oder Tätlichkeit nicht lohnenswert, weil ohnehin nichts passiert.

Umso mehr müssen wir hier handeln. Es kann nicht sein, dass bei solch drastischen Vorfällen weggeschaut wird. Dass sich Buben in der Schweiz so verhalten, geht nicht. Stellen Sie sich vor, eine Person der SVP würde eine solche Aussage gegenüber einem Kind mit Migrationshintergrund machen!

Wenigstens wir sprechen Klartext: Verschiedene Vorstösse innerhalb der SVP wollen diesem Gehabe nun einen klaren Riegel vorschieben. Auch Frau Garibovic, welche mit problematischen Jugendlichen arbeitet, gibt diesen Jungen jeweils klar den Tarif bekannt. Das ist mehr denn je wichtig. Solches Verhalten gilt es sofort zu stoppen und – wenn dies seitens Eltern nicht passiert – muss es in Form von Nacherziehung durch Lehrpersonen und andere Betreuer unterbunden und bestraft werden. Wir handeln, anstatt wegzusehen!

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Fehlende Behutsamkeit beim Umgang mit finanziellen Mitteln

Der Gemeinderat befassete sich mit der Weisung über den Projektierungskredit einer Verbindungsleitung zwischen den Fernwärmegebieten Zürich-Nord und Zürich-West, für fast 8,4 Mio. Franken.



Katharina Widmer  
Gemeinderätin SVP  
Zürich 1/2

Der einstimmige Kommissions-Antrag ist sicher nicht zuletzt zustande gekommen, weil Heinz Schatt (SVP), als umsichtiger und erfolgreicher Kommissionspräsident (Tiefbau- und Entsorgungs-Departement), die Weichen richtig gestellt hat.

Er sagte, dass dies ein grosses Werk sei. Der Betrieb des Kehrtheizkraftwerks Josefstrasse ist bis 2020 befristet. Nach dieser Zeit muss für das Fernwärmegebiet, das heute mit der Abwärme des Kehrtheizkraftwerks Josefstrasse versorgt wird, eine Ersatzlösung zur Verfügung stehen. Eine sorgfältige Prüfung und Bewertung aller möglichen Optionen hat gezeigt, dass ein Zusammenschluss der beiden Fernwärmegebiete Zürich-Nord und Zürich-West am meisten Vorteile bietet. Das so neu entstehende Gesamtnetz ermöglicht eine optimale Nutzung der CO<sub>2</sub>-neutralen Wärme des Kehrtheizkraftwerks Hagenholz und des Holzheizkraftwerks Aubrugg. Auch neue Wärmequellen, zum Beispiel lokale Abwär-

me oder Geothermie, können dezentral in das neue Verbundnetz integriert werden. Der Bau der Verbindungsleitung eröffnet zudem die Möglichkeit, neue Fernwärmegebiete wirtschaftlich zu erschliessen.

Heinz Schatt gab aber auch seine Bedenken betreffend Risiko der Kostensicherheit bekannt. Aber Stadtrat Leutenegger beruhigte ihn, dass dies erste Priorität hätte und dass er ein externes Kostencontrolling einschalten werde. Der Projektierungskredit wurde einstimmig genehmigt.

Die Finanzierung des Baus der Verbindungsleitung und die Erweiterung sind mit betrieblichen Mitteln der Fernwärme gedeckt, Steuermittel werden dafür nicht beansprucht.

### SVP gegen Objektkredit für Energiespeicher

Danach befassete sich der Rat mit dem Objektkredit von 9,6 Mio. Franken für die Installation eines Energiespeichers auf dem Areal Hagenholz für die Noteinspeisung ins Fernwärmenetz und die Spitzenlastabdeckung im Winter. Heinz Schatt, in dessen Kommission auch diese Weisung bearbeitet wurde, lehnte im Namen der SVP den Kredit ab. Zwar anerkennt er die beiden Ziele 1. Versorgungssicherheit und 2. energetischer Nutzen durch Ersatz von fossiler Energie, als richtig, aber die Wirt-

schaftlichkeitsberechnung überzeugt indessen nicht. Deshalb stimmte die SVP, aufgrund der angespannten Finanzlage der Stadt Zürich, diesem Objektkredit nicht zu.

Einmal mehr stand die SVP, die einzige Partei, wie es scheint, die behutsam mit finanziellen Mitteln umzugehen weiss, allein im Rat gegen den Rest.

### Kostenlose Deutschkurse für alle

Als Nächstes war auf der Traktandenliste ein Postulat, welches den Stadtrat auffordert zu prüfen, wie allen Fremdsprachigen, die Deutsch lernen wollen, aber auf Nothilfe, Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen angewiesen sind oder mit ihrem Einkommen am Existenzminimum leben, kostenlose Deutschkurse angeboten werden kön-

nen. Viele Bewohnerinnen von Zürich, meist Migrantinnen, möchten Deutsch lernen, um sich verständigen zu können. Martin Götzl (SVP) stellte den gut begründeten Ablehnungsantrag. Es gebe bereits von der Caritas fast gratis Deutschkurse und auch private Anbieter erlassen armutsbetroffenen Menschen bis zu 50 Prozent der Kursgebühren. Wer wirklich gewillt ist, Deutsch zu lernen, findet einen Weg. Auch der Stadtrat lehnte das Begehren ab, mit dem Hinweis, dass er bereits sehr gute und günstige Angebote offeriere. Er kalkuliert, dass Gratiskurse zusätzlich 1 Mio. Franken pro Jahr kosten.

Trotzdem stimmten die «vereinigten Gutmenschen» (Worte von Roger Liebi) mit 62 zu 60 Stimmen für dieses Begehren.

## Wahlfeier der SVP Zürich 11/12

Sonntag, 12. April 2015, ab 17.00 bis 22.30 Uhr

Restaurant «Vesuvio»  
Glattalstrasse 40, 8052 Zürich, Tel. 044 301 13 30

Gemeinsame «Verfolgung» der erzielten Wahlergebnisse  
Jeder zahlt seine Zeche selbst.

### Wer ist anwesend?

- Alle Kandidatinnen und Kandidaten des Wahlkreises VI der Stadt Zürich auf der Liste 1
- Alle, die die Wahlergebnisse gemeinsam mit den Mitgliedern der Kreisparteien Zürich 11 und 12 erleben möchten und alle Sympathisanten der SVP
- Bei interessanten Gesprächen erleben wir die Wahlergebnisse

Mit dem ÖV, Bus Nr. 75 (Haltestelle Ausserdorfstrasse), erreichbar. Parkplätze in der näheren Umgebung.

Meine WAK-Mitglieder und ich freuen uns auf euer Erscheinen im Restaurant «Vesuvio».

Walter Isliker, WAK-Präsident



## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Wie sich Forscher auf Kosten der Steuerzahler selbst verwirklichen

Am 18. März 2015 hat der Gemeinderat von Zürich die Weisung zum «Verein Marie Meierhofer-Institut für das Kind» behandelt. Diese ist, trotz Gegenstimmen der SVP und FDP, dem Stadtrat überwiesen worden. Dabei ist es um jährliche Beiträge in der Höhe von CHF 94 200.– für den Zeitraum 2015–2018 gegangen.



Roberto Bertozzi  
Gemeinderat SVP  
Zürich 11

Für die Stadt Zürich und speziell im Zusammenhang mit der genannten Weisung, erbringt das Marie-Meierhofer-Institut Leistungen im Bereich Beratung, Supervision und Coaching. Zudem führt das Institut Forschungsprojekte im pädagogischen Bereich durch.

Was im Speziellen die Forschung und ihre methodische Grundlage betrifft, die aus den Sozialwissenschaften stammt, möchte ich Folgendes bemerken: Es ist nicht möglich, aufgrund von gruppenstatistischen Erhebungen, die aus Umfragen bzw. Fragebogen stammen, qualitative Aussagen zu einem Kind zu machen, was allgemein bekannt sein dürfte. Es ist schon gar nicht möglich, die individuellen Talente und Begabungen eines Kindes aufgrund solcher Forschungen zu fördern. Deshalb ist es mehr als legitim, sich zu fragen, was eine solche Forschung bringen soll, wenn sich daraus keine Rückschlüsse für den Einzelfall ziehen lassen. Diese Art Forschung dient dann womöglich der Selbstverwirklichung der Forscher, aber nicht der persönlichen Entwicklung der Kinder.

### Forschungs- und Bildungskredite für die Sozialwissenschaften kürzen!

So lehnen die Sozialwissenschaften bekanntlich Menschenkenntnis ab, obwohl sie, im Gegensatz zu ihrer Diagnostik, die auf gruppenstatistischen Erhebungen basiert, eine direkte Förderung der Talente und Begabungen eines Kindes ermöglicht. Die universitäre Psychologie zum Beispiel verhält sich der Menschenkenntnis gegenüber so, wie wenn ein paar Analphabeten (uni-

versitäre Psychologen in Sachen Menschenkenntnis) eine Fakultät der Sprachen gründen würden. Weil diese «Gelehrten» selbst nur schlecht lesen und schreiben können, gelangen sie zur Überzeugung, dass die Beherrschung der Sprache bruchstückhaft möglich ist, aber eben nicht mehr. Sprache kann also nach der Auffassung dieser «Gelehrten» weder systematisch erlernt noch gelehrt werden (analog der Menschenkenntnis in der universitären Psychologie). Die Schriftsteller, Meister der Sprache, sind ihrer Meinung nach vorwissenschaftliche Träumer, weil sie das Gegenteil behaupten. Betrachtet man nun aber, dass der heutige Stand der universitären Psychologie in Bezug auf Menschenkenntnis einen über 100-jährigen Wissensrückstand aufweist, so muss davon ausgegangen werden, dass an den Hochschulen statt Wissenschaft Ideologie betrieben wird. Folglich wäre eine Kürzung der Forschungs- und Bildungskredite für das Fach Psychologie und für die übrigen Sozialwissenschaften wohl angebracht! Auch die Einführung eines Numerus

clausus geht in die richtige Richtung.

Was würde wohl Goethe, der Meister der Dichtkunst, zum oben geschilderten Sachverhalt und zur Haltung der universitären Psychologie und der übrigen Sozialwissenschaften meinen? Diese behaupten ja, dass Menschenkenntnis nicht wissenschaftlich ist und folglich auf deren Grundlage keine Rückschlüsse auf die Persönlichkeit eines Menschen möglich sind. Für diese falsche Behauptung ist uns die universitäre Psychologie bis heute einen wissenschaftlichen Beweis schuldig geblieben. Stattdessen macht sie sich lieber über Franz Joseph Gall

(1758–1828), Arzt und Anatom sowie Begründer der Neuroanatomie und -physiologie, lustig, indem sie sich in unsachlicher Weise über seine wissenschaftlichen Leistungen im Zusammenhang mit der Phrenologie äussert. Erwähnen möchte ich hier lediglich, dass Gall alleine auf diesem Gebiet mehr Wissenschaftliches geleistet hat als die ganze universitäre Psychologie bis heute zusammengenommen. Aber eben, was bemerkte schon Gustave Le Bon in seinem Buch über die Massenpsychologie? Dass 40 Akademiker in fachfremden Fragen genau so schlau sind wie 40 Wasserträger.

## LESERBRIEF

## Sind Stimmbürger käuflich?

Seit Jahren werden Blocher-Gegner nicht müde, dessen angeblich grossen Mitteleinsatz zugunsten der SVP und ihrer politischen Ziele zu kritisieren. Gekaufte Politik tönt es da allenthalben, als wären die Stimmbürger käuflich. Natürlich braucht es Mittel, um politische Botschaften unters Volk zu bringen. Das praktiziert nun auch der Parteipräsident der FDP Schweiz und angeblich soll das Geld für seine ganzseitigen Inserate aus der Hinterlassenschaft von alt-FDP-Bundesrat Rudolf Friedrich stammen. Und seit letzten Sonntag wissen wir auch um das neugegründete Kampagne-Vehikel «Vorteil Schweiz», das mit einer Anschubfinan-

zierung von 7 Millionen für einen europafreundlichen Kurs der Schweiz werben soll. Faktenwidrig wird dabei wieder einmal die EU mit dem Kontinent Europa gleichgesetzt. Die immer zentralistische aus Brüssel regierte EU besteht aus 28 Mitgliedstaaten, Europa hingegen aus 48 Ländern, darunter auch EU-kritischen Ländern wie Norwegen, die Türkei, Russland oder eben die Schweiz. Das Geld für «Vorteil Schweiz» stammt grossenteils aus den Schatullen von zwei Berner Milliardären. Ich bin gespannt, ob diese beiden Sponsoren und das von ihnen finanzierte Polit-Milieu, das sich von links-aussen bis hin zu den Mitteparteien

erstreckt, nun auch unter analoges Medienfeuer wie gegen Blocher fallen wird. So oder so, ich nehme den Wirbel rund um das PolitSponsoring ohnehin mit Gelassenheit zur Kenntnis. Weder Stimmbürger noch Wähler sind käuflich. Sie können sich ihre Pro-und-Contra-Meinung vor jedem Urnengang detailliert aus einer Vielfalt an Medien machen. Den grössten Einfluss auf diese Meinungsbildung haben ohnehin die SRG-Sender und diese ticken, wie wir alle wissen, ja alles andere als im Gleichklang mit Blocher ...

Maximilian Reimann,  
Nationalrat, Gipf-Oberfrick